

PRESSEMITTEILUNG

Bundestagswahl 2025

DSAG und BGA fordern digitale Offensive für Wirtschaftsstandort Deutschland

Walldorf/Berlin, 18.02.2025 – Fünf Tage vor der Bundestagswahl appellieren die Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe e.V. (DSAG) und der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA) gemeinsam an die künftige Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland in den Fokus zu rücken. Im Zentrum stehen: Abbau bürokratischer Lasten, Stärkung digitaler Bildung und Wiederherstellung des Vertrauens in politische Handlungsfähigkeit.

Bürokratische Lasten senken

Anforderungen an Unternehmen steigen durch die stetig wachsende Zahl an Regulierungen mit immer höherem Detailgrad immer weiter an. Die Unklarheit gesetzlicher Vorgaben, unrealistische Umsetzungsfristen oder sachlich schwer zu vermittelnde Ausnahmen bedeuten laut ifo-Institut einen Verlust an 146 Mrd. an Wirtschaftsleistung jedes Jahr.

„Unternehmen brauchen klare und umsetzbare Vorgaben, um sich vor Cyberangriffen zu schützen. Die ausbleibende gesetzliche Grundlage schafft große Unsicherheiten und verhindert notwendige Investitionen in IT-Sicherheit“, betont Jens Hünigshausen, DSAG-Vorstandsvorsitzender.

Auch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) trifft viele Mittelständler direkt, da sie als Zulieferer großer Unternehmen in die Haftung genommen werden. Gleichzeitig führen Verzögerungen bei der Umsetzung des [Onlinezugangsgesetzes 2.0 \(OZG 2.0\)](#) oder der Registermodernisierung dazu, dass Unternehmen weiterhin mit ineffizienten analogen Behördenprozessen kämpfen.

PRESSEMITTEILUNG

Dr. Dirk Jandura, Präsident des BGA: „Die Bürokratiekosten für Unternehmen müssen radikal gesenkt werden, sonst ersticken wir den Mittelstand. Länder wie Estland sparen nach eigener Aussage zwei Prozent ihres BIP durch konsequente Digitalisierung ein – Deutschland dagegen verliert jährlich Milliarden durch unnötige Bürokratie.“

Digitale Bildung stärken

Die digitalen Kompetenzen junger Menschen in Deutschland sind unzureichend. Studien wie die [International Computer and Information Literacy Study \(ICILS\)](#) zeigen, dass 40 Prozent der Achtklässler und Achtklässlerinnen kaum digitale Grundkenntnisse besitzen. Dr. Jandura sieht dringenden Handlungsbedarf: „Die mangelnde digitale Bildung verschärft den Fachkräftemangel in allen Branchen. Während digitale Kompetenzen unverzichtbar werden, verlieren wir fast die Hälfte der jungen Generation an digitalen Analphabetismus.“ Jens Hungershausen ergänzt: „Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive, die MINT-Fächer stärkt und Schulen mit modernen digitalen Infrastrukturen ausstattet“.

Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Unternehmen benötigen praxistaugliche Gesetzgebungen **und** eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung. „Wir brauchen klare Leitplanken und eine echte Digitalstrategie“, fordert Hungershausen. „Das bedeutet: nachhaltige Investitionen in digitale Verwaltung, ein ‚Digital first‘-Ansatz bei neuen Gesetzen und mehr Standards für Behördenprozesse.“

Dr. Jandura ergänzt: „Die Wirtschaft funkt SOS und die neue Bundesregierung muss handeln. Gold-Plating bei Regulierungen aus Brüssel oder hochriskante Ausnahmen für den öffentlichen Sektor bei der NIS-2-Richtlinie sind schmerzhaftes Belege dafür, dass Deutschland an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei regiert wird.“

Das ausführliche Statement von Jens Hungershausen (DSAG) und Dr. Dirk Jandura (BGA) gibt es im Anhang und [hier](#).

PRESSEMITTEILUNG

Über den BGA

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA) vertritt als einer der führenden Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die allgemeinen berufsständischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Interessen seiner Mitgliedsverbände und -unternehmen aus den Branchenzweigen des Produktionsverbindungshandels, des Konsumgütergroßhandels und des baunahen Großhandels.

Über die DSAG

Die Deutschsprachige SAP-Anwendergruppe e. V. (DSAG) ist einer der einflussreichsten Anwenderverbände der Welt. Über 4.000 Mitgliedsunternehmen und mehr als 70.000 Mitgliedspersonen bilden ein starkes Netzwerk, das sich vom Mittelstand bis zum DAX-Konzern und über alle wirtschaftlichen Branchen in Deutschland, Österreich und der Schweiz (DACH) erstreckt. Auf Basis dieser Reichweite gewinnt der Industrieverband fundierte Einblicke in die digitalen Herausforderungen im DACH-Markt. Die DSAG nutzt diesen Wissensvorsprung, um die Interessen der SAP-Anwender zu vertreten und ihren Mitgliedern den Weg in die Digitalisierung zu ebnet.

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.dsag.de, www.dsag.at, www.dsag-ev.ch

Alle aktuellen DSAG-Positionen finden Sie im [DSAG-Presszentrum](#).

Auf der digitalen Plattform [impulsant](#) finden Interessierte alle relevanten Inhalte aus dem SAP- und DSAG-Kosmos umfassend und multimedial aufbereitet.

Ansprechpartner für die Presse

DSAG

Thomas Kircher, Julia Theis, Dana Walter
Deutschsprachige SAP® Anwendergruppe (DSAG) e. V.

Altrottstraße 34a

69190 Walldorf

Telefon: +49 151 25630665

E-Mail: presse@dsag.de

Internet: www.dsag.de

PRESSEMITTEILUNG - ANHANG

Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken, müssen ein deutlicher Abbau der bürokratischen Lasten, Fokus auf digitale Bildung und die Rückgewinnung von verlorenem Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit im Fokus stehen. Aus diesem Grund richten BGA und DSAG einen gemeinsamen Appell an die kommende Bundesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts konsequent in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Den BGA und die DSAG verbinden die starke Verwurzelung ihrer Mitglieder im Mittelstand und die Erkenntnis, dass die Konkurrenzfähigkeit und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland mehr denn je von der Digitalisierung abhängen.

Uns entgehen jährlich 146 Mrd. € an Wirtschaftskraft durch Bürokratie

Jens Hungershausen, DSAG-Vorstandsvorsitzender: „Wir müssen endlich aufhören Unternehmen, ausländischen Fachkräften und Investitionen unnötige Steine in den Weg zu legen. Wir leiden unter analogen Behörden, schlecht gemachten Gesetzen (wie das Onlinezugangsgesetz 2.0), extrem langen Entscheidungswegen oder sehr kurzen Umsetzungsfristen für neue Vorschriften. Die Folge sind schädliche Planungsunsicherheiten und ein immer unattraktiverer Standort für Investitionen und ausländische Fachkräfte.“

Dr. Dirk Jandura, Präsident des BGA: „Die Bürokratiekosten für Unternehmen müssen radikal gesenkt werden, sonst ersticken wir den Mittelstand. Länder wie Estland sparen nach eigener Aussage inzwischen zwei Prozent des BIPs durch konsequente Digitalisierung auf allen Ebenen ein. Für Deutschland hat das ifo-Institut ausgerechnet, dass uns jährlich 146 Mrd. € an Wirtschaftsleistung durch hohe Bürokratie entgehen. Ein Großteil davon ist fahrlässig verschwendetes Kapital.“

PRESSEMITTEILUNG - ANHANG

Wir bereiten junge Menschen zu schlecht auf den Arbeitsmarkt vor.

Dazu **Dirk Jandura**: „Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen müssen junge Menschen sehr viel besser auf ihre Zukunft vorbereiten und den Fokus auf digitale Bildung legen. Die Ergebnisse der PISA-Studie sind anhaltend schlecht und die *International Computer and Information Literacy Study (ICILS)* belegt eindrücklich, dass die digitalen Kompetenzen von 40 Prozent der 8.-Klässlerinnen und 8.-Klässler nicht über das ‚Klicken und Wischen‘ hinausreichen. Während digitale Kompetenzen für den Arbeitsmarkt zunehmend unverzichtbar werden, verlieren wir fast die Hälfte der jungen Generation an den digitalen Analphabetismus.“

Jens Hungershausen ergänzt: „Wir brauchen eine nationale Bildungsoffensive in den MINT-Fächern, die alle Lehrinhalte auf den Prüfstand stellt. Wir müssen die Inhalte fördern, die es jungen Menschen erlauben, sich eine Zukunft aufzubauen, indem sie in Unternehmen qualifizierte Aufgaben übernehmen können. Dynamische Unternehmen werden nicht in Deutschland bleiben, nicht hierherkommen und sich auch hier nicht gründen, wenn wir ihnen keine qualifizierten Fachkräfte anbieten können. Bund und Länder verstecken sich hinter dem Föderalismus und ignorieren den Zusammenhang zwischen Bildung und der Attraktivität unseres Wirtschaftsstandorts.“

Vertrauen zurückgewinnen

Jens Hungershausen: „Die kommende Bundesregierung muss zeigen, dass sie wirksame Lösungen entwickeln kann. Das OZG 2.0 oder das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz - LkSG - sind nur zwei Beispiele dafür, dass zu viele politisch Verantwortliche zu weit weg sind von der ökonomischen Wirklichkeit. Die negativen Entwicklungen auf praktisch alle Standortindizes zeigen dies eindrücklich. Wenn Politik zeigt, dass sie die Probleme der Wirtschaft und die Bedingungen eines attraktiven Wirtschaftsstandorts verstanden hat, wird sie auch wieder Vertrauen aufbauen können. Das heißt: zentrale Verantwortung und nachhaltige Investitionen in digitale Verwaltung, Digital first-Ansatz für alle neuen Verwaltungsakte und einen

PRESSEMITTEILUNG - ANHANG

strikten Fokus für Politik und Forschung auf der Modernisierung unseres Standorts.“

Dirk Jandura: „Die Wirtschaft funkt SOS und die neue Bundesregierung muss handeln. Warnungen zu den Kollateralschäden des LkSG, hochriskante Ausnahmen für den öffentlichen Sektor bei gleichzeitig einseitigen Belastungen in der Cybersicherheit durch das NIS-2, sinkende Bildungsindizes und steigende Lohnnebenkosten sind schmerzhaftes Belege dafür, dass Deutschland an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei regiert wird. Die Folgen sind steigende Insolvenzen, abwandernde Unternehmen und ein unattraktiver Wirtschaftsstandort. Die kommende Bundesregierung hat nur noch eine Legislaturperiode Zeit, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen.“